



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 3 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

P/VI/265 - 14.11.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

Kapitulation vor dem Hausbesitz	S. 1
Österreichs Sozialisten tagten	S. 3
Zur Gedenken Karl Brunnens, MdB.	S. 5
Brünings Antrittsvorlesung	S. 6
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

## Konzessionen der Angst

-x. Die Haus- und Grundbesitzer haben sich vor einiger Zeit dem Mittelstandsblock angeschlossen und damit gegen die bürgerliche Regierungskoalition eine bedrohliche Frontstellung bezogen. Wenn dieser Block künftig die politische Bühne betritt, und er kündigte das an, für den Fall, daß seine Forderungen und hier besonders auf Mieterhöhungen nicht anerkannt werden, so können davon nur die bürgerlichen Parteien einen Schaden haben und denen steckt seit den letzten Wahlen sowieso schon der Schreck in den Gliedern.

Da tagten also die Hausbesitzer in Bonn. Sie diskutierten ihre Forderung auf 20 Prozent Erhöhung der Altbaukieten, gegen die der DGB schon schärfsten Protest und neue Lohnforderungen angekündigt hat. Zugleich aber tagte auch das Kabinett, zwar nicht wegen der Mieten, aber die Beratungen waren anscheinend zu unmittelbar von dem Menetekel "Mittelstandsblock" überschattet, als daß man zu ausgereiften Überlegungen hätte kommen können. Und so wurde ein reitender Bote zu den Hausbesitzern gesandt, der verkündete: Das Kabinett beschloß, die Altbaukieten ab 1. April 1952 um zehn Prozent zu erhöhen. Die Fama berichtet nicht, ob die Hausbesitzer zuvor reitende Boten in die Kabinettsitzung entsandten.

Offen liegen die Fragen: Ob diese zehn Prozent nicht doch noch

auf zwanzig erhöht werden, wie die Perzente verteilt werden sollen - etwa zehn für die Hausbesitzer und ebenso viel für den sozialen Wohnungsbau - oder ob die Hausbesitzer alles kriegen. Aber zum 1. Dezember will ihnen das Kabinett noch wenigstens einen Teil der auch in den Altbaumieten enthaltenen Reparaturquote (23 bis 30 Prozent der Miete) schenken und ihnen erlauben, die Reparaturlasten auf die Mieter abzuwälzen. Ebenso sollen die Ladenmieten freigegeben werden.

Es ist sehr leichtfertig von der Regierung, anzunehmen, daß diese Erhöhungen Lohnforderungen nicht befürchten lassen, denn die Gewerkschaften haben das genaue Gegenteil erklärt. Es ist auch unwahr, daß die jüngsten Lohnerhöhungen bereits erhöhte Altbaumieten vorausgesetzt hätten. Die Regierung wird also die Gewerkschaften auf den Hals kriegen, weil sie im Falle der Hausbesitzer genau dem Druck nachgegeben hat, den sie sich bisher von den Gewerkschaften verbat: Den Druck außerparlamentarischer Organisationen auf politische Entscheidungen. Dabei ist sie der Unzufriedenheit der Hausbesitzer nicht etwa ledig geworden.

Nach Bekanntgabe des Kabinettsbeschlusses auf der Hausbesitzertagung sind die Diskussionen eher noch erregter geworden als zuvor. Man fühlte sich getäuscht und sieht dieses Versprechen eher als eine schlecht getarnte Beruhigungsspiel an. Man will sich aber gar nicht beruhigen, zumal man spürt, daß hier endlich die weiche Stelle des Kabinetts gefunden wurde und man spricht strategisch vom Nachstoßen.

Und sie werden nachstoßen - ebenso rücksichtslos, wie sie bisher ohne Scham ihr Anlagekapital weiter amortisierten, verzinnten, die Reparaturquote verbrauchten, ohne zu reparieren, obgleich dieses Anlagekapital bereits mehrere Male amortisiert und durch Währungsverfall entschuldet wurde. Sie werden nicht mehr Skrupel haben, als die übrigen Nutznießer der Bonner Preispolitik, besonders im stolzen Bewußtsein ihres politischen Druckmittels "Mittelstandsblock".

Noch reist der Vorsitzende des DGB zu Gesprächen mit der Regierung nach Bonn. Die Regierung aber schickt reitende Boten in die Versammlung der Hausbesitzer, macht Konzessionen aus Angst, die in einem ziemlichen Mißverhältnis zu der Bedeutung der angeführten Organisationen zu stehen scheinen. Sollte auch hier der Erfolg nur vom Willen zum Einsatz der verfügbaren Macht abhängig sein?

Streiflichter aus Österreich

H.G. - Wien

Wer in diesen Tagen nach Österreich kommt, dem fallen bei mancher Gleichheit der Sorgen und Probleme doch in erster Linie die Verschiedenheiten auf: Während bei uns alles überschattet wird von den Problemen der Außenpolitik, beschäftigte man sich dort in der Hauptsache mit innenpolitischen Fragen. Das wurde auch auf dem Parteitag der österreichischen Sozialisten und der ihm vorangegangenen Frauenkonferenz sichtbar. Sowohl im Bericht der Parlamentsfraktion, wie auch in den Referaten ging es in erster Linie um Wohnungsbau, Preise und Löhne, Kommunalpolitik, Sozialpolitik.

In der Debatte zum kommunalpolitischen Referat war besonders interessant die Einstellung der vielen führenden Kommunalpolitiker aus den kleinen und kleinsten Gemeinden Österreichs, die voller Selbstbewußtsein auf ihre eigene gute Arbeit unter schwierigsten Bedingungen hinwiesen und meinten, man sollte endlich aufhören, immer nur mit der sozialistischen Gemeindepolitik Wiens Reklame zu machen. Bei aller Anerkennung der hervorragenden kommunalpolitischen Leistungen der sozialistischen Mehrheit in Wien, erwarten die Menschen draußen auch in ihren eigenen Orten etwas von den Sozialisten in ihrer Gemeinde. Aus diesem Grunde wehrten sich die Delegierten aus dem Lande besonders gegen die Beschneidung der Finanzhoheit der Gemeinden, die es auf die Dauer unmöglich machen würde, eine fortschrittliche Gemeindepolitik zu betreiben.

Österreich ist auch heute noch in einer Reihe von Bundesländern in der Hauptsache ein Bauernland. Erfreulicherweise ist es der österreichischen Sozialistischen Partei gelungen, gerade unter den Bergbauern Boden zu gewinnen. Es gibt einen sozialistischen Arbeitsbauernverband, dessen Vertreter auch auf dem Parteitag zur Diskussion beitrugen.

Eine lange Abend- und Nachtsitzung war dem Jugendproblem gewidmet. Bei dieser Diskussion allerdings fühlte man sich sehr "zuhause", denn es ging um dieselben Probleme wie bei uns: Wie interessiert

man die Jugend, die durch die H.J. "Erziehung" gegangen ist, an aktiver Mitarbeit zum Aufbau eines sozial gerechten, demokratischen Staates? Ein Junglehrer, ehemaliger begeisterter Hitlerjunge, der sich ehrlich und überzeugt heute zum demokratischen Sozialismus bekennt, gab eigentlich den positivsten Diskussionsbeitrag: Man muß den jungen Menschen an Stelle der falschen Ideale des Naziregimes, neue echte Ideale geben, für die sie sich einsetzen können: Die Idee eines geeinten Europas, die Idee der sozialen Gerechtigkeit, die Idee der Achtung vor den Menschen und dem Menschenleben und anstelle eines falschen Führerideals: Sozialistische Menschen, die in ihrer ganzen Lebenshaltung wirklich Vorbild und Führer sein können.

Mit einigem Neid mußte man feststellen, daß weder die Frage der Kriegsorden, noch die "Soldatenbünde" oder der "soldatische Geist" eine Rolle spielten.

Österreich ist zu 90 Prozent ein katholisches Land, umso erstaunlicher war die Reaktion bei allen Bevölkerungskreisen auf die Papsterklärung zur Frage der Geburtenregelung, die auf einmütige Ablehnung gestoßen ist, insbesondere bei den Frauen. Auf Vorschlag des sozialdemokratischen Justizministers wird in Österreich eine Reform der Ehegesetzgebung vorbereitet. Die Diskussion darüber bewegt sich in ähnlicher Weise wie bei uns und auch hier wird durch die österreichische CDU, die ÖVP, der Versuch gemacht, das kanonische Kirchenrecht zum allgemeingültigen Staatsrecht zu machen.

Auf der Frauenkonferenz der sozialistischen Frauen wurde insbesondere über die ständig steigenden Preise und mögliche Maßnahmen der Konsumentenabwehr diskutiert, wobei versucht werden soll, auch in Österreich Käuferstreiks zu organisieren. Die Preise für Lebensmittel, Textilien und Schuhe sind zum Teil sehr wesentlich höher als in Deutschland. Dafür gibt es allerdings in Österreich nur eine ganz geringfügige Arbeitslosigkeit, und die Zahl der Beschäftigten in der österreichischen Wirtschaft, sowie die Produktivität der Wirtschaft sind höher als vor 1938.

Erstaunlich und erfreulich ist die echte Kameradschaftlichkeit, mit der Deutsche in allen Bevölkerungsschichten aufgenommen werden. Insbesondere die österreichischen Sozialisten fühlen sich aufs engste mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verbunden.

Nachrichten aus der SowjetzoneDas Ostbüro der SPD teilt mit:

Der Landesverband Sachsen der NDP hat beschlossen, für die "Propagandaaktion Westdeutschland" entsprechende Richtlinien auszuarbeiten. Nach diesen Anweisungen sollen alle hauptamtlichen Mitarbeiter der NDP in diese Aktion eingeschaltet werden. Bei den Kreisverbänden sind besondere verantwortliche Referenten für die Aktion zu ernennen. Alle ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere haben mit früheren Kameraden im Westen Verbindung aufzunehmen. Dabei sollen vor allem die Mitglieder der neuen Soldatenbünde angesprochen werden. Die Landesverbände haben sogenannte Patenschaften über bestimmte Länder in der Bundesrepublik zugeteilt erhalten.

X X X

Unter der Bevölkerung von Olsnitz hat es große Erbitterung ausgelöst, daß wegen Kohlenmangels täglich mehrstündige Stromabschaltungen vorgenommen werden, während die Behördengebäude und die auf dem Thälmannplatz aus Glühbirnen zusammengestellten Friedenstauben, die Illuminationen der Stalinbilder und sonstige "Sichtwerbungen" auch während der Stromsperrstunden hell erleuchtet sind. Die Bevölkerung bezeichnet diese Illuminationen als "kommunistische Zirkusreklame".

X X X

Im Deka-Reifenwerk Fürstenwalde haben von den zwölf zu Aktivisten erklärten Belegschaftsmitgliedern sechs diese "Ehrung" abgelehnt. Am 15. Oktober wurde ein neuer Massenwettbewerb auf der Grundlage der in allen Betrieben einzuführenden "persönlichen Konten" gestartet. Wer seine Tagesnorm erfüllt, erhält 70 Punkte, für eine Ausschußdekke werden 30 Punkte abgezogen. Da das Werk mit sehr schlechten Rohstoffen arbeiten muß, ist der Prozentsatz des Ausschusses sehr hoch. Aus Anlaß dieses Wettbewerbes wurde der Belegschaft bereits mitgeteilt, daß in diesem Jahr keine Weihnachtsgratifikationen gezahlt werden sollen. Es wird geplant, die Prämien an die Kosten des Wettbewerbes in der Weihnachtszeit auszus zahlen.

X X X

Im Sachsenwerk Niedersiedlitz fand die letzte Delegiertenversammlung über den Kollektivvertrag ein bewegtes und stürmisches Ende. Unter allgemeiner Zustimmung protestierten vor allem zwei Sprecher dagegen, daß die letzte Fassung des Kollektivvertrages der Belegschaft nicht zur Abstimmung vorgelegt wurde. Sie protestierten gegen die Aufnahme von Verpflichtungen für die Werktätigen, die vorher keine Möglichkeit gehabt hätten, sich dazu zu äußern. Sie erklärten unter dem Beifall der Delegierten, dies sei "ein Betrug an der Arbeiterschaft". Ein Schlosser, SED-Mitglied, führte aus: "Unsere Spitzenfunktionäre haben vergessen, woher sie kommen, sie haben keine Verbindung mehr zur Masse, grüßen kaum, aber leben dafür umso besser". Als die BGL daraufhin die Redezeit auf fünf Minuten verkürzen wollte, kam es zu Tumulten.

---

Verantwortlich: Peter Raunau